



"Regenmacher" Charles Hatfield soll San Diego vor einer Dürre bewahren. 10.000 US-Dollar gibt's, wenn er den Stausee der Stadt auffüllen kann. Er legt los. Schon bald regnet es so sehr, dass große Gebiete rund um San Diego überflutet werden. Millionenschaden. Dutzende Tote. Charles Hatfield war Nähmaschinenverkäufer, doch in seiner Freizeit arbeitete er als, wie er es nannte, "Feuchtigkeitsbeschleuniger". Da das ein wenig schlüpfrig klang, nannten ihn die Zeitungen einfach "den Regenmacher". Und als solcher hatte er einige Erfolge vorzuweisen, hatte 1905 das von Trockenheit bedrohte Los Angeles mit Wasser versorgt und anschließend jahrelang Regen auf die verdorrten Felder des San Joaquin Valley niederrieseln lassen. Wie genau er das tat, sagte Hatfield nicht, doch offenbar waren Chemikalien im Spiel, auch wenn Hatfield behauptete, dass er nichts anderes mache, als die Wolken zu kitzeln. Den Stadträten von San Diego war es egal, wie Hatfield zu seinen Ergebnissen kam, sie wollten nur eins: Regen. San Diego sollte wachsen, dazu brauchte es Investoren, doch die würden nicht kommen, wenn es kein Wasser gab. Also engagierten die Stadträte Hatfield, damit er ihren Stausee füllt, denn der war fast leer. Hatfield baute am Ufer einen 20 Meter hohen Turm auf und platzierte Eisenpfannen auf der Spitze, in denen ein Gebräu aus geheimen Chemikalien köchelte. Rund um den See stank es schon bald wie in einer Limburger Käsefabrik. Aber dafür regnete es. Immer mehr. Und es hörte auch nicht mehr auf. Der Stausee lief über. Doch Hatfield schien das nicht zu stören. Er rief im Rathaus an und erklärte: "In den nächsten Tagen werde ich es richtig regnen lassen." Auf die Frage, ob das ein Scherz sei, antwortete er: "Ich habe es noch nie so ernst gemeint. Passen Sie auf, ich zeige Ihnen echten Regen." Die Folge: Dammbruch, zerstörte Häuser, das volle Programm. Hatfield stieg derweil vom Turm, ging ins Rathaus und wollte sein Geld. Aber er bekam es nicht, denn er hatte keinen Vertrag und die Stadt Angst, bei Zahlung für die Flut haftbar gemacht zu werden. Hatfield sah nie einen Cent. Er bekam noch ein paar Aufträge im Ausland, verschwand aber bald von der Bildfläche. Er starb 1958. Seine geheime Regenformel nahm er mit ins Grab.



Ein schweres Erdbeben erschüttert Guatemala. Schon bald kommen Hilfsgüter ins Land, u.a. Getreide. Die Folge: Der Getreidepreis sinkt, Kleinbauern verarmen. Auch massenweise Medikamente werden gespendet.

> Viele sind nutzlos, andere längst abgelaufen. Politisch stärkt die Nothilfe die Diktatur.

Der Weg in die Hölle ist mit guten Absichten gepflastert - und der raus ebenso. Wenn Menschen, NGOs und Staaten spenden, um die Folgen einer Naturkatastrophe zu mildern, ist das an sich eine gute Sache. Aber die Auswirkungen sind mitunter bizarr und manchmal sogar verheerend. Die Erdbebenhilfe für Guatemala ist ein gutes Beispiel dafür. Sie hinterließ nicht nur verarmte Kleinbauern, sondern zwang auch die lokalen Apotheker dazu, die Hilfslieferungen monatelang nach Brauchbarem abzusuchen, denn die gespendeten Medikamente waren unsortiert und viele abgelaufen, manche schon seit 1934. Am Ende konnten die Apotheker nur ein großes Loch buddeln und das ganze Zeug reinwerfen. Gerade so, als wollten sie die bebende Mutter Erde damit ruhigstellen. Politisch gärte es derweil im Land. Was freilich zu erwarten gewesen war, denn Regime sehen in Hilfsaktionen nach Naturkatastrophen oft eine Bedrohung für ihre Macht. In Guatemala war das nicht anders. Da wurden Maya-Gruppen, die von der Hilfe besonders profitierten, als politische Gefahr ausgemacht und fortan mit Gewalt unterdrückt. Den Rest an Hölle brachte der amerikanische Evangelikalismus, der sich nach dem Erdbeben infolge der Spendenaktionen seiner Freikirchen im katholischen Guatemala auszubreiten begann. Die Machtergreifung des Diktators José Efraín Ríos Montt im Jahr 1982 war eine mehr oder weniger direkte Folge davon. Mott war Katholik, konvertierte aber 1978 zum Protestantismus bzw. zu dem, was er im Sinne der Pfingstkirche darunter verstand. Motts Politik, die von der US-Regierung unter Ronald Reagan jahrelang unterstützt wurde, basierte auf dem christlichen Fundamentalismus amerikanischer TV-Prediger, die Mott offen unterstützten und immer mehr Missionare nach Guatemala entsandten. Mott wurde zu einem religiösen Diktator, der statt politischer Reden Sonntagspredigten hielt, während des Land weiter verarmte. Aber so läuft das nunmal: Bei der Katastrophenhilfe ist der Menschen Not oft genug der Diktatoren Brot.

Quellen Bimal Kanti Paul: Disaster Relief Aid. Changes and Challenges, London 2018, S. 214. / Iain S. Stewart / Mark Whatmore: The Rough Guide to Guatemala, London 1998, S. 454. / Richard Gordon: Great Medical Disasters, London 1983, S. 138. / Steven Dudley: How Rios Mott Won the War in Guatemala, in: insightcrime.org vom 4. April 2018.



Der Deutsche Wilhelm zu Wied wird Staatsoberhaupt Albaniens.
Er war noch nie in dem Land, kennt weder die Kultur noch die Sprache. Nach sechs Monaten muss er fliehen.
Er kehrt nie mehr zurück.

Ein klassischer Fall von "Wäre er mal lieber zu Hause geblieben." Andererseits, wer sagt schon "Nein", wenn plötzlich eine Delegation Albaner vor der Tür steht und einem die Krone des Landes anbietet? Natürlich sind die Albaner nicht freiwillig gekommen, sondern wurden von den europäischen Großmächten aufgefordert, doch mal ins Deutsche Reich zu reisen und einem Rittmeister namens Wilhelm Friedrich Heinrich Prinz zu Wied die Herrschaft über ihr Land anzutragen. Sogar einen neuen Namen würde er kriegen und fortan Madhëria e Tij Princ Vidi, Skëndërbeu II i Shqipërisë heißen. Sein Onkel, Kaiser Wilhelm II., konnte das weder aussprechen noch gutheißen und riet ihm ab, "auf den neu erfundenen albanesischen "Thron' zu steigen." Zudem: "Der Prinz war nicht sehr vermögend, und nun mußten die Mächte eine 'Dotation' spenden, über deren Höhe bzw. Raten ein unerquicklicher Zank ausbrach." Ausnahmsweise mal keinen Zank gab es bei Glaubensfragen, denn der Prinz wurde auserwählt, weil er mit den Religionen Albaniens nichts am Hut hatte und weder Muslim noch Katholik noch Orthodoxer war, sondern ein deutscher Protestant in einer grauen Phantasieuniform. Als solcher kam er - von seiner Kernfamilie, ein bisschen Klimbim und einem Kriegsschiff begleitet - am 7. März in der albanischen Hafenstadt Durrës an, wo er fortan in einem bescheidenen Haus residierte und, nun ja, "regierte". Was freilich unmöglich war, denn es gab keinen Staatsapparat, und Industrie und Infrastruktur waren auch Mangelware. "Jeder Mulitreiber ist sein eigener Verkehrsminister, und wo man je nach Jahreszeit am wenigsten schlecht durchkommt, dort ist die Straße", befand ein anderer Deutscher vor Ort. Den Rest erledigten die Albaner, indem sie paramilitärische Gruppen bildeten und eigene provisorische Regierungen ausriefen. Wilhelm hatte keine Kontrolle über das Land, und als er ein halbes Jahr später floh, erklärte er, er gehe nur mal "für einige Zeit nach Westen". Er kehrte nie wieder zurück.



Acht Jahre bevor Friedrich Engels Die Lage der arbeitenden Klasse in England beschrieb, machte Franz Josef Buß auf die der deutschen Arbeiter aufmerksam. Doch während Engels' Werk extrem populär wurde, fiel die Rede von Buß in Vergessenheit. Dabei waren seine Forderungen durchaus revolutionär. Denn Buß, mit 34 Jahren der jüngste Abgeordnete der Badischen Ständeversammlung, wollte nichts weniger als "die schrankenlose Ausweitung der Fabrikarbeit" beenden. Und er wusste auch wie: die Arbeitszeit sollte auf maximal 14 Stunden pro Tag beschränkt und die Arbeiter am Gewinn beteiligt werden. Auch eine bessere Gesundheitsversorgung, eine Unfallversicherung und ein Kündigungsschutz gehörten für Franz Josef Buß in die Fabriken. Außerdem müssten die Arbeiter die Chance haben, eigene Betriebe zu gründen, wofür es der Gewerbefreiheit bedürfe. Auch an die Kinder hatte Buß gedacht. Sie sollten nicht mehr als acht Stunden in den Fabriken schuften, damit noch Zeit für den morgendlichen Schulbesuch war. Das Problem: Viele von Buß' Zahlen und Beispielen über die Kinderarbeit stammten aus England. Andere Daten hatte er sich aus französischen und preußischen Ouellen geholt. Und genau darin lag die Krux: Buß schilderte in seiner Rede Probleme, die in Baden zum Großteil noch nicht existierten. 1837 waren nur 3% der badischen Arbeiter in Fabriken beschäftigt. Es war die falsche Zeit, der falsche Ort, der falsche Mann. Buß war ein Liberaler, der ein stärkeres staatliches Eingreifen forderte. Ein Mann aus einem Großherzogtum, der den Blick über den Tellerrand der deutschen Kleinstaaterei reckte. Ein Abgeordneter, der mit seiner Rede nicht nur der Zeit, sondern auch der Zermürbung der Arbeiter voraus war. Das schrie geradezu nach Ignoranz. Und so kam es dann auch.



Im 19. Jahrhundert hatte das Typhusfieber Hunderttausende Briten das Leben gekostet, doch Mitte des 20. Jahrhunderts war die Krankheit im Vereinigten Königreich weitgehend ausgerottet. Die wenigen Fälle, die noch auftraten, waren meist das Resultat von Auslandsbesuchen und ließen sich mit Antibiotika gut behandeln. Eine Ausnahme gab es jedoch: 1963 war es in England zu drei kleinen Typhus-Ausbrüchen gekommen, die sich auf verunreinigtes Rindfleisch aus Argentinien zurückführen ließen. Ein Importverbot lehnte Gesundheitsminister Enoch Powell jedoch ab. Ein Jahr später, am 12. Mai 1964, klagte ein Mann aus Aberdeen über Fieber. Es dauerte, bis die Ärzte merkten, dass er Typhus hatte, und noch länger, bis man begriff, dass argentinisches Rindfleisch erneut der Auslöser war. Corned Beef, um genau zu sein - Rindfleisch, das im eigenen Saft gekocht worden war. Im eigenen Saft kochten auch die Typhuskranken, denn deren Zahl wuchs. Sie hatten das Corned Beef in einem Supermarkt gekauft. Die Quelle aber lag in Argentinien. Die dortige Konservenfabrik hatte die fertig befüllten Dosen vor dem Export von außen mit Flusswasser gereinigt. Das Wasser war kontaminiert, eine Dose hatte ein Loch, die Bakterien kamen rein, und ab ging's nach Aberdeen. Dort wurde das Fleisch im Supermarkt aus der Dose geholt und geschnitten verkauft. Weil die Schneidemaschine nicht richtig gereinigt wurde, breitete sich der Erreger auf andere Wurstwaren aus, die zu allem Unglück auch noch ungekühlt bei Sonnenlicht in einem Schaufenster lagen. Am Ende waren 500 Menschen krank, drei tot und Großbritannien verunsichert. Hotels im ganzen Land weigerten sich, Gäste aus Aberdeen aufzunehmen. Derweil reisten britische Gesundheitsbeamte nach Argentinien. Die unhygienischen Zustände in den dortigen Fleischfabriken waren ein Schock für sie. Importverbote gab es jedoch kaum. Man wollte die Handelsbeziehungen nicht gefährden.

Quellen Hamish MacPherson: How a tin of corned beef caused Aberdeen's 1964 typhoid outbreak, in: The National (Scotland) vom 17. März 2020. / David F. Smith: Food panics in history. Corned beef, typhoid and "risk society", in: Journal of Epidemiology & Community Health, Vol. 61, Iss. 7 (2007), S. 566-570. / David F. Smith / H. Lesley Diack: Food Poisoning, Policy, and Politics. Corned Beef and Typhoid in Britain in the 1960s, Woodbridge 2005.



Die Besatzung eines US-MilitärHubschraubers verfliegt sich
und landet statt in der BRD in der
DDR. Dort werden die Soldaten
gefangengenommen. Weil die
USA die DDR nicht als souveränen
Staat anerkennt und darüber nicht
verhandeln will, kommen die Soldaten
erst nach sechs Wochen frei.

Eigentlich war es ein Routineflug: Von Frankfurt/Main, dem Hauptquartier der 3. US-Panzerdivision, zum Truppenübungsplatz nach Grafenwöhr in die Oberpfalz. Die Besatzung bestand aus zwei Piloten und sieben Soldaten, darunter der Stabschef der Division. Die Sache war als Sichtflug geplant. Karten gab es deshalb keine an Bord. Allerdings führte die über der Oberpfalz aufziehenden Gewitterwolken dazu, dass aus dem Sicht- ein Blindflug wurde. Da von Grafenwöhr nichts zu sehen war, flog der Hubschrauber immer weiter und landete schließlich auf einem Feld. Als die amerikanischen Soldaten ausstiegen, waren sie bereits 60 Kilometer tief in der DDR und Grafenwöhr 150 Kilometer weit weg. In ihrer Not fragten sie einen Bauern und - nach einem weiteren Stopp an einer Autobahnausfahrt - einen PKW-Fahrer. Der erklärte ihnen, dass sie der Autobahn Richtung Südwesten folgen müssten. Da der Pilot unsicher war, ob der Treibstoff bis in die BRD reicht, verbrannten die Soldaten vorsorglich ihre mitgeführten Papiere. Dann hob der Hubschrauber wieder ab, musste aber 40 Kilometer vor der Grenze wegen Treibstoffmangels notlanden. Da bereits ein sowjetischer Abfangjäger hinter dem Hubschrauber her war, konnten Volkspolizisten die Besatzung schnell gefangen nehmen. Sie übergaben die Amerikaner den in der Nähe stationierten Sowjetsoldaten, die die sie in eine Kaserne brachten, verhörten und an die Politische Verwaltung der DDR-Armee weiterreichten. Zu einer schnellen Freilassung kam es nicht, weil die US-Regierung die DDR nicht als souveränen Staat anerkannte. Genau das aber wollte die DDR-Führung durch die Verhandlungen über die Freilassung erreichen. Es dauerte bis zum 19. Juli, bevor eine diplomatische Floskel gefunden war, die beide Seiten als Erfolg verkaufen konnten. Die Soldaten kamen nach Hause. Der Hubschrauber blieb in der DDR. Sein Rotorkopf wurde ab 1971 in einem Museum in Dresden ausgestellt, wo er dem Publikum als "Teil eines über Vietnam abgeschossenen US-Hubschraubers" verkauft wurde.

Quellen Einen ausführlichen Beitrag über den "Hubschrauber-Zwischenfall von 1958" gibt es im Stadtwiki von Dresden. Den militärischen Kontext skizziert Julian-André Finke: Hüter des Luftraumes? Die Luftstreitkräfte der DDR im Diensthabenden System des Warschauer Paktes, Berlin 2010, S. 111-113.



Einen Tag vor Beginn der World Student Games in Sheffield trifft das Team aus dem Libanon ein. Niemand hat mit ihnen gerechnet. Das Einladungsschreiben war zurückgekommen mit dem Vermerk: "Hauptquartier gesprengt – zurück an den Absender". Es fing alles damit an, dass am Tag vor der feierlichen Eröffnung der World Student Games in Sheffield plötzlich zwanzig Libanesen auftauchten. Es waren Sportler, Trainer und Funktionäre – und alle wollten dabei sein, wenn die Party begann. Das Problem: Keiner hatte damit gerechnet, dass die Libanesen teilnehmen würden. Das Organisationskomitee hatte zwar vor Monaten eine Einladung in den Libanon geschickt, aber das Schreiben war - ein wenig angekokelt - mit dem Vermerk: "Hauptquartier gesprengt" zurückgekommen. Jetzt aber standen die Libanesen so gar nicht versprengt in Sheffield, hatten keine Unterkunft und waren auch nicht in den Wettkampflisten vermerkt. Da die Bahnen bei den Schwimmwettkämpfen alle voll waren, trugen sich sieben libanesische Schwimmer kurzerhand als Leichtathleten in die Startlisten ein. Beim Fußball gab's derweil auch ohne die Libanesen Chaos. Nigeria hatte 2:1 gegen Nordkorea gewonnen, doch die Organisatoren hatten den Nachrichtenagenturen einen 2:1 Sieg Nordkoreas gemeldet, was in der Volksrepublik für Jubel sorgte. Zumindest bis die Korrektur die Nordkoreaner erreichte (falls sie das jemals tat). Es konnte nur besser werden. Wurde es aber nicht, denn bei der Eröffnungsfeier am nächsten Tag fehlten die Jugoslawen. Ihre Flagge hatte sich im Gefolge diverser politischer Umstürze und Abspaltungen so oft geändert, dass die Organisatoren nicht mehr durchsahen und die falsche Flagge fürs jugoslawische Team besorgt hatten, woraufhin die sich weigerten, am Einzug der Nationen teilzunehmen und sich angepisst ins Ouartier zurückzogen. Derweil rannte die britische Astronautin Helen Sharman mit der Fackel durchs Stadion. Sie sollte das Feuer entzünden, stolperte aber und das Feuer ging aus. Entgeistert lief sie weiter und hielt die kalte, leere Fackel an die Schale. Die Flamme der studentischen Pleite-Games musste künstlich entzündet werden.

5. AUGUST

Um seine Gefolgsleute
aufzurütteln und einen Aufstand
gegen die Regierung anzuzetteln,
schießt sich der Politiker
Eduardo Chibás während einer
Radiosendung in den Bauch.
Er merkt nicht, dass
die Sendung bereits vorbei
und die Mikrofone
ausgeschaltet
sind.

Die Geschichte Kubas wäre anders verlaufen, hätte Eduardo Chibás nicht den Märtyrer gespielt. Seit seiner Jugend in den 1920er Jahren war er politisch aktiv, hatte die Diktatoren im Land bekämpft und ein sozialeres Kuba gefordert. Ende der 1930er Jahre stieg Chibás zu einem der populärsten Politiker der Kubanischen Revolutionspartei auf. Die Partei trug den Namenszusatz "Die Authentischen", doch mit der Zeit sah Chibás überall nur noch falsche Versprechen und Vetternwirtschaft. 1947 sagte er sich von den "Authentischen" los und gründete die Partei des kubanischen Volkes, deren Anhänger sich "Orthodoxe" nannten und - mit Chibás als Anführer - die Korruption in Kuba bekämpfen wollten. Chibás nutzte das Radio, um seine Politik zu verbreiten. Jeden Sonntag um 20 Uhr ging er auf Sendung. Der Regierung warf er Bestechlichkeit vor. Die forderte Beweise für seine Anschuldigungen. Chibás wollte sie am 5. August 1951 präsentieren, doch tat er das nicht. Stattdessen forderte er seine Gefolgsleute auf, endlich zu handeln. "Vorwärts, Genossen der Orthodoxie! Nehmt einen Besen und fegt die Diebe in der Regierung hinweg!" rief er. Damit war die Sendezeit abgelaufen, die Übertragung wurde beendet. Im Radio lief Werbung für ein Café. Im Studio bekam Eduardo Chibás davon nichts mit. Er glaubte, noch auf Sendung zu sein, und brüllte seine finalen Worte ins Mikrofon: "Kubaner, steht auf! Kubaner, erwacht! Dies ist mein letzter Versuch, euch aufzurütteln!" Dann krachte ein Schuss. Chibás brach zusammen. Im Radio lief immer noch Werbung. Aus Eduardo Chibás' Bauch lief Blut. Er starb elf Tage später. Seine Partei brach auseinander. Einige seiner Leute unterstützten fortan Fidel Castro, der 1959 an die Macht kam. Es war das Ende von Chibás' politischem Erbe. Er hatte Castros Kommunismus zeitlebens verachtet.



In Großbritannien lassen Tierschutzaktivisten tausende Nerze frei. Sie verbreiten sich daraufhin im ganzen Land, töten zahllose Haus- und Wildtiere, sorgen für Millionenschäden und schädigen langfristig das Ökosystem.

Am 17. September 1998 streiften tausende Nerze in teuren Pelzmänteln durch Mittelengland. Die "Animal Liberation Front" (ALF) hatten für Ausgang gesorgt und die Käfige einer Nerzfarm in der Grafschaft Staffordshire mit Bolzenschneidern geöffnet. Die Farm war eine von nur noch zehn in Großbritannien. Die Regierung von Tony Blair hatte versprochen, die Farmen zu schließen, tat aber nichts. Also nahm die ALF die Sache selbst in die Hand. Was folgte, war Chaos. Die Nerze rannten in alle Richtungen davon. Für die ersten endete die Freiheit auf den umliegenden Straßen. Hunderte wurden überfahren. Einige Straßen waren derart mit Nerzkadavern übersät, dass die gesperrt werden mussten. Die ALF erklärte derweil: "Unsere Aktion gibt den Nerzen eine Überlebenschance, statt ein elendes Dasein zu fristen, das mit dem Tod durch Gas oder Stromschlag endet". Allerdings war das Überleben der Nerze der Untergang anderer Tiere: Die Nerze zerfleischten Katzen, rissen Kaninchen, killten Hühner. Ein Mann fand einen Nerz im Kinderzimmer seiner Tochter vor dem Hamsterkäfig sitzend, "als ob er über das Mittagessen nachdenken würde." Anwohner verbarrikadierten aus Angst ihre Türen, schlossen die Fenster und verstopften die Schornsteine. Sie waren nicht die ersten. Im Monat zuvor waren achtzig Meilen weiter südlich 6.000 Nerze "befreit" worden. Die Tiere hatten daraufhin ein Vogelreservat gestürmt und es, wie der Besitzer erklärte, "in ein Restaurant für Nerze" verwandelt. Sie erledigten drei seltene Eulen, einen Turmfalken und andere Tiere. Durch die "Befreiungsaktionen" breiteten sich die Nerze in Großbritannien aus und stärkten die seit 1929 bestehende Population der invasiven Raubtiere. 2020 kam eine Studie zu dem Schluss: "Die Ausrottung des Nerzes hätte weitreichende ökologische Vorteile." Aber: "Ein nerzfreies Großbritannien würde vermutlich zweistellige Millionenbeträge kosten und zehn Jahre dauern."

Quellen Paul Brown: Activists free 8.000 mink, in: theguardian.com vom 18. September 1998. / Lorraine Fisher: Released by animal rights protesters... 6.000 mink go wild in the killing fields, in: The Daily Mirror vom 11. August 1998, S. 8. / Anthony R. Martin / Vince J. Lea: A mink-free GB. Perspectives on eradicating American mink Neovison vison from Great Britain and its islands, in: Mammal Review, Vol. 50, Iss. 2 (April 2020), S. 170-179.

1. OKTOBER

Die Volkspolizei in Halle (DDR)
berichtet über junge Halbstarke
und ihre "Judoübungen, die
erkennen lassen, daß es einzelne
darin schon zu sehr guten
Leistungen gebracht haben."
Die Staatsmacht wittert Gefahr.
Es kommt zu Verhaftungen.
Tatsächlich tanzen die
Jugendlichen Rock'n'Roll.

Wenn Ahnungslosigkeit auf Ablehnung trifft, wird's meist übel. So auch in der DDR, als der Rock'n'Roll Einzug hielt. Die Musik wurde mit Kontroll- und Kulturverlust in Verbindung gebracht und als Grund für die angeblich wachsende Gewalt und Hemmungslosigkeit der Jugendlichen betrachtet, in der DDR genau wie in der BRD. Ein paar Ausschreitungen bei Konzerten in den USA genügten, um in deutschen Landen für Schrecken zu sorgen. Über einen Auftritt von Elvis Presley in New York heißt es 1956 in der Ost-Berliner Zeitung: "Das Tumult-Stichwort lautet: Rock'n'Roll. Was das heißt, wissen wir nicht, aber es ist eine Erfahrungstatsache, daß man mit diesem Wort einen ernsten Schaden an einer halbausgewachsenen Großhirnrinde bezeichnen kann." Die Unwissenheit ist groß - und das nährt die Angst. Amerika gilt als Hort der Unkultur. Dagegen versucht sich die DDR, genau wie die BRD, in den 1950er Jahren als Kulturnation neu zu konstituieren. Der Rock'n'Roll hat da keinen Platz. Er gilt als etwas Dreckiges und Undeutsches. Das Kunstverständnis der DDR-Eliten ist an Klassik und sozialistischem Realismus geschult. Für freie Formen und subjektive Ausdrucksweisen ist da kein Platz. Selbst Jeanshosen sind verboten. Die trägt auch eine Gruppe in Dessau, die sich Bill Haley Klub nennt, und über die die Volkspolizei am 1. Oktober 1958 schreibt: "Die Jugendlichen vollführen Judoübungen, die erkennen lassen, daß es einzelne darin schon zu sehr guten Leistungen gebracht haben." In Wahrheit tanzen die Jugendlichen Rock'n'Roll. In den Augen der Polizei aber wirkt es wie Kampfsport. Die Jugendlichen, glaubt man, bereiten sich auf gewaltsame politische Auseinandersetzungen vor. Die Polizei bietet daraufhin eigene Judo-Kurse an, um ihre Leute zu schulen. Die Angst der Staatsmacht ist groß, aus der Ablehnung gegen den Rock'n'Roll wird Aggression. 1959 werden 250 Rock'n'Roll Klubs zerschlagen und Hunderte Jugendliche zu Gefängnis- und Bewährungsstrafen verurteilt.



Die Bundesregierung kämpft mit der Ölkrise. Nicht nur, weil es an Öl fehlt, sondern auch, weil sie keine Ahnung vom internationalen Erdölgeschäft hat. In seiner Not bittet Bundeskanzler Brandt die Sowjets, mehr Öl und Gas zu liefern. Es ist der Auftakt zu einer neuen Abhängigkeit.

Die Ölkrise 1973 offenbart auch eine Erkenntniskrise der Bundesrepublik, denn die meisten Politiker hatten sich bisher kaum mit Energiefragen befasst. Ihre Pläne beruhen auf der Annahme, dass immer genug Öl da ist. Ahnung vom Ölmarkt hat keiner. Selbst im Außen- und Wirtschaftsministerium gibt es kaum Expertise, und über die Vorgänge in der OPEC wissen die Behörden auch nicht Bescheid, denn sie haben nur eingeschränkt Zugang zu den OPEC-Berichten. Auch Fachzeitschriften fehlen, und die Informationsversorgung über die Botschaften in den Erdölländern ist ebenfalls schlecht. Das Auswärtige Amt hat zwei Erdölreferenten für den ganzen arabischen Raum. Und in Beirut, wo viele Informationen über den Ölhandel zusammenlaufen, gibt es gar keinen deutschen Vertreter. Auch deshalb gelangt nur wenig Brauchbares nach Bonn, und das Wenige, das kommt, klingt nicht gut. Libyens Machthaber Gaddafi teilt Bundeskanzler Brandt mit: "Wir haben - genau wie die anderen arabischen Staaten – alle Vorbereitungen getroffen, um Europa komplett vom Öl abzuschneiden." Die Angst vor einem Embargo ist groß, zumal die Bundesrepublik fast vollständig von arabischem Öl abhängig ist. Als Retter in der Not erscheinen die Sowjets. Die Bundesregierung liefert schon seit 1970 Rohrleitungen nach Moskau und bekommt dafür Erdgas. 1973 wird die Ostpolitik endgültig zur Energiepolitik. Am 7. November 1973 schreibt Brandt dem sowjetischen Generalsekretär Breschnew einen Brief und fragt, "ob und inwieweit die Sowjetunion zu kurzfristigen oder mittelfristigen Lieferungen bereit oder in der Lage wäre." Und weiter: "Langfristig werden wir große Anstrengungen machen, um künftig von Erpressungen unabhängig zu werden." Die Sowjets liefern. Vor allem Erdgas. Die Bundesrepublik rutscht in eine neue Abhängigkeit, doch dass sie damit erpressbar ist, erkennt sie erst 49 Jahre später.



Weil ein Techniker vergisst, einen Codesatz zu löschen – und der Codesatz aus einer gepflegten Beleidigung besteht – druckt eine Maschine der amerikanischen Post zu Weihnachten Tausenden Karten und Briefen die Worte "Du Schlampe" auf.

Triggerwarnungen sind neumodisches Zeug, früher hieß es einfach "Du Schlampe", wenn man Weihnachtspost bekam. Zumindest wenn die Grußkarten im Hauptpostamt von Columbus/Ohio abgestempelt worden waren. Und das ging so. Am 7. Dezember 1991 führte ein Techniker Wartungsarbeiten an einem Optical Character Reader durch, einer Maschine, die zur automatischen Bearbeitung von Postsendungen verwendet wird. Um zu sehen, ob die Maschine richtig funktioniert, musste ein Codesatz eingegeben werden. Der Techniker gab "Du Schlampe" ein. Das war zwar nicht nett, aber naheliegend. Oder, wie Ed Johnson, der Marketingdirektor der Post in Columbus, erklärte: "'Du Schlampe' war nicht die persönliche Anmeldephrase des Technikers oder so etwas. Es ist seltsam, aber soweit wir feststellen können, ist "Du Schlampe" genau der Satz, den Techniker von Postämtern im ganzen Land beigebracht bekommen, um eine bestimmte Funktion der Maschine zu überprüfen. Offenbar hat ein externer Auftragnehmer den Technikern beigebracht, dass diese Worte den Diagnoseprozess auslösen, wenn sie sichergehen wollen, dass die Tintendüsen der Maschine einwandfrei arbeiten." In diesem Fall taten sie es. Ganz im Gegensatz zu dem Techniker, der vergessen hatte, den Codesatz wieder zu löschen. Und so kam es, dass 12.000 Briefe und Karten die Worte "Du Schlampe" aufgedruckt bekamen und sich damit auf den Weg durchs Land machten. Vorsorglich wurden Warnhinweise an alle 30.000 Postämter der USA geschickt, damit die Angestellten auf Beschwerden reagieren konnten. "Natürlich wird dieser Code-Satz geändert", erklärte Johnson, der kurz darauf ein neues Problem zu lösen hatte. Die Telefone standen nicht mehr still. "Einige Leute rufen an, weil sie neugierig sind. Einige sind wütend und wollen den Kopf des Verantwortlichen. Und einige wollen uns Geld dafür zahlen, dass wir obszöne Slogans ihrer Wahl drucken", erklärte er und fügte hinzu. "Wir haben das nicht so gemeint. Was wir wirklich sagen wollten, war: Frohe Weihnachten."